

Seebrücke-Rede zu den GEAS-Reformen

Seit Jahren schottet sich die Europäische Union immer weiter ab.

Im Namen von uns allen werden unsere Grenzen dicht gemacht, Gesetze verschärft, Menschenrechte eingeschränkt und Schutzsuchende mit allen Mitteln davon abgehalten in Sicherheit zu kommen und ein neues Leben aufbauen zu können.

Überall an Europas Außengrenzen wurden Mauern hochgezogen und Zäune errichtet. Dahinter werden gefängnisgleiche Lager gebaut.

Frontex und europäische Grenzbeamte kriminalisieren Geflüchtete und deren Unterstützer*innen.

Illegale Pushbacks und Waffengewalt gegen Schutzsuchende gehören längst zum Werkzeugkoffer der europäischen Staaten.

Geflüchtete werden auf dem offenen Meer ausgesetzt oder an den europäischen Außengrenzen erschossen.

Die kürzlich im Kreis des europäischen Innenminister*innen beschlossene Reform des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“, kurz GEAS ist da nur die neueste Eskalationsstufe der Abschottung.

Wenn diese Reform so kommt, wie sich die Minister*innen geeinigt haben, wäre das die schlimmste Asylrechtsverschärfung seit dem sogenannten "Asylkompromiss" von 1993.

Ich würde sogar sagen, das Recht auf Asyl in Europa wäre damit beerdigt.

Anstatt sich, wie noch im Koalitionsvertrag groß angekündigt „für Frieden, Freiheit, Menschenrechte“ einzusetzen, haben Faeser, Scholz und Co. nun zugestimmt, die alten Pläne von Seehofer umzusetzen.

Nachdem 2020 das größte Geflüchtetenlager Europas abgebrannt ist, hieß es von SPD und Grünen noch „Moria darf sich nicht wiederholen“.

Heute fordern Minister*innen der Ampelregierung „zentrale Asylverfahren an den europäischen Außengrenzen“.

Die Idee dahinter: Schutzsuchenden Menschen bereits an den Außengrenzen abzufangen und sie bis zu einer Prüfung des Asylgrundes zu inhaftieren. Das dies genau solche Lager wie Moria oder Kara Tepe bedeutet, ist ihnen nun wohl egal.

Die sogenannten EU-Grenzverfahren werden zu einer systematischen Inhaftierung in Lagern führen und einen fairen und rechtsstaatlich abgesicherten Asylprozess unmöglich machen.

Menschenrechtsverletzungen und willkürlichen Abschiebungen in unsichere Dritt- und Herkunftsstaaten werden nur weiter zunehmen.

Währenddessen sterben so viele Menschen im Mittelmeer wie seit Jahren nicht.

Doch statt endlich zu helfen und ihre Pflicht der Seenotrettung zu erfüllen, kriminalisieren Europäische Staaten zivile Seenotrettungsorganisationen, behindern Rettungen indem sie Schiffe der NGOs zwingen, nach Rettungen quer durchs Mittelmeer zu fahren oder - wie wohl vor wenigen

Wochen bei der schrecklichen Katastrophe bei Pylos, bei der wohl 600 Menschen ertrunken sind – gefährden ganz aktiv Menschenleben indem sie versuchen die Geflüchteten aufzuhalten oder in die Verantwortung anderer Länder zu pushbacken.

Das ist Mord und die Verantwortlichen in den europäischen Behörden und Regierungen gehören vor Gericht!

Auf die im Koalitionsvertrag versprochen „staatlich koordinierte und europäisch getragene Seenotrettung im Mittelmeer“ warten wir dagegen noch immer.

Und statt ihrem Koalitionsvertrag zu folgen und die „Aufnahmebereitschaft in Deutschland und der EU zu stützen und zu fördern“, sollen Schutzsuchende am besten noch vor der Europäischen Grenze, in Staaten wie Tunesien, der Türkei, Marokko oder Libyen aufgehalten werden. Anders ist die Zusammenarbeit mit den Autokratien, Diktatoren oder kriminellen Milizen wie der sogenannten libyschen Küstenwache nicht zu erklären. Tot oder lebendig – Hauptsache nicht bei uns.

Von dem Ziel der Ampelregierung „das Leid an den Außengrenzen zu beenden“ scheint leider nichts mehr übriggeblieben.

Und leider waren das bei weitem noch nicht alle Beispiele für die rasante Abschottung Europas. Die tödlichen Mauern der Festung Europa stehen und in ihrem Kerker sterben die Menschenrechte.

Umso wichtiger ist, dass wir uns dem entgegen stellen!

Die Menschenrechte sind nicht nur ein paar schöne Worte auf altem Papier.

Sie sind die Grundlage unseres Zusammenlebens und wir schauen nicht zu, wie diese beerdigt werden!

Wir fordern von der deutschen Bundesregierung:

- Keine verpflichtende Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen!
Die Staaten an den Außengrenzen dürfen mit der Verantwortung für die dort ankommenden Schutzsuchenden nicht allein gelassen werden.
- Keine Absenkung der Anforderungen an “sichere Drittstaaten”!
Wir dürfen nicht riskieren, dass Menschen durch Kettenabschiebungen wieder in Länder wie Syrien oder Afghanistan zurückgezwungen werden!
- Keine Weiterführung des gescheiterten Dublin-Systems!
Das starre Dublin-System funktioniert nicht, ist unfair und unsolidarisch.

Und letztendlich:

- Keine Zustimmung zu den geplanten Asylrechtsverschärfungen innerhalb der EU!
Stoppen Sie das GEAS!

Und um das zu schaffen, braucht es uns alle! Kommt bitte auch weiterhin zu unseren Demonstrationen.

Sprecht über die Grausamkeiten, die in unser aller Namen an den Außengrenzen geschehen.

Und werdet aktiv!

Das könnt ihr sehr gerne auch bei uns. Wir machen gleich im Anschluss ein „offenes Plenum“ bei dem ihr ganz einfach dazu kommen und die nächsten Aktionen mit uns planen könnt.

Die Menschenrechte und die Schutzsuchenden Menschen an unseren Außengrenzen brauchen uns alle! Gemeinsam können wir laut sein und klar und deutlich sagen:

Die Abschottung der EU muss endlich stoppen!

Weg mit der Festung Europa!

Stoppt GEAS!!!